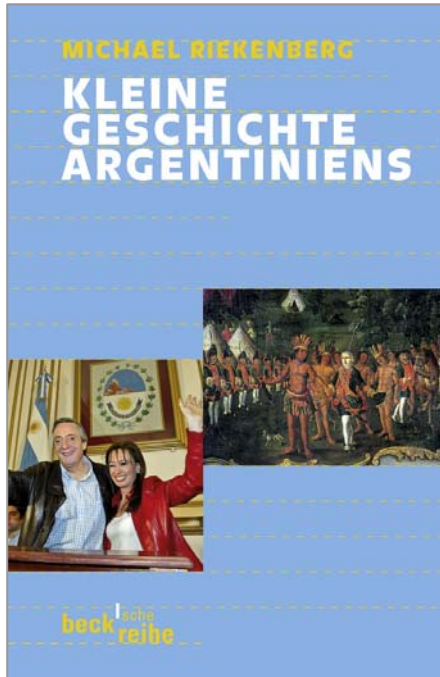


Unverkäufliche Leseprobe



Michael Riekenberg
Kleine Geschichte Argentiniens
Die Evolution erklärt unser Leben

206 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-58516-6

Der Staatsterrorismus
(1976–1983)
Originaldokument
© Verlag C.H.Beck
Der argentinische Tod

Im Selbstverständnis des Militärs leitete der Militärputsch vom 24. März 1976 den «Prozess der Nationalen Reorganisation» ein. Darunter verstand die Militärjunta die Errichtung eines staatsterroristischen Regimes, das die illegale Gewaltanwendung von Seiten des Staates organisierte und dessen Gewaltbereitschaft nach innen weit über die der vorausgegangenen Militärregierungen hinausging. Ibérico Saint Jean, Brigadegeneral und Militärgouverneur der Provinz Buenos Aires, umschrieb dies 1977 mit den Worten: «Erst werden wir alle Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, danach ihre Sympathisanten, danach die Unentschlossenen und schließlich die Lauen.» Den Staatsterror legitimierte die Militärführung durch das «Gesetz zur Nationalen Sicherheit» von 1974, das sich gegen die Bedrohung durch den «kommunistischen Totalitarismus» richtete. Es gelang dem Militär bis 1978, die Guerillagruppen nahezu vollständig zu zerschlagen. Dazu führte das Militär einen «schmutzigen Krieg» (*guerra sucia*) gegen die politische Opposition. Die Zahlenangaben über die Opfer während der Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 schwanken. Im Jahr 2001 wurde von Regierungsseite von 15 000 Opfern ausgegangen, Menschenrechtsorganisationen nennen die Zahl von etwa 30 000 Menschen, die in der Zeit der Militärdiktatur ermordet wurden bzw. «verschwanden». Bis zu zwei Millionen Argentinier lebten in der Zeit der Militärregierung zumindest vorübergehend im Exil.

Die Staats- und Militärführung reagierte mit terroristischen Maßnahmen. Neben der systematischen Folter in eigens dafür ausgebauten Verhörlagern war die Methode, missliebige oder verdächtige Personen einfach verschwinden zu lassen, eine der wohl wirksamsten Gewaltformen der Militärführung. Sicherheitskräfte, die in Zivil agierten und nicht als Soldaten oder Polizisten erkenn-

bar waren, überfielen Menschen in ihren Wohnungen oder auf dem Weg zur Arbeit; diese wurden gefoltert, umgebracht und verschwand, wobei sie entweder an unbekanntem Orten verscharrt oder aber mit Drogen betäubt aus Militärflugzeugen, die auf den Atlantik oder die La Plata-Mündung hinausflogen, ins Meer geworfen wurden. 2000 Menschen sollen auf diese Weise umgebracht worden sein. Diese Form der Gewalt war nicht neu, weil sie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern praktiziert wurde, hieß aber jetzt *argentinischer Tod*. Das Totengedenken gehört zur Kultur menschlicher Gemeinschaften. Das Begräbnis und seine Rituale gestatten es den Überlebenden, von den Verstorbenen Abschied zu nehmen. Die Praxis des *argentinischen Todes* nahm den Angehörigen jedoch diese letzte Tröstung und dadurch auch Lebensmut. Nachfragen Angehöriger nach dem Verbleib der Verschwundenen wurden von den Behörden mit der stereotypen Formulierung beantwortet: «Die Person ist nicht als verhaftet registriert und wird von der Polizei im Auftrag des Innenministeriums gesucht.»¹ Der Staat ließ Menschen nicht nur verschwinden, er raubte auch Kinder. Säuglinge, die im Gefängnis auf die Welt kamen, wurden ihren Müttern weggenommen. Die Mütter wurden umgebracht, die Säuglinge an kinderlose Offiziersfamilien vergeben, so dass sich im Umfeld des Verschwindenlassens eine Art Menschenhandel entwickelte.

Nach dem Putsch bildete sich eine Militärjunta, der die drei Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte General Jorge R. Videla (*1925), Admiral Emilio Massera (*1925) und Luftwaffengeneral Orlando Agosti (1924–1997) angehörten. Die Junta übernahm die Regierungsgewalt, General Videla wurde zum Staatspräsidenten ernannt. Die Militärjunta löste die Parlamente auf, verbot die politischen Parteien und Gewerkschaften ebenso wie Streiks und Demonstrationen. Es kam zu Bücherverbrennungen, dem Verbot von Filmen und zur Pressezensur. In der Wirtschaft forcierte das Militär eine neoliberale Politik. Der Staat sollte als Wirtschaftsakteur und Anbieter von Arbeit und Einkommen zurücktreten. Zudem versuchte die Regierung – freilich erfolglos –, den industriellen Exportsektor durch die Subventionierung von Hochtechnologien zu fördern. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief katastrophal. Die Inflationsrate lag 1976 bei etwa 500 Prozent, die Industrieproduktion sank in den späten siebziger Jahren weiter ab,

die Kapitalflucht nahm zu. Die Finanzkrise drohte zu Beginn der achtziger Jahre in einen Wirtschaftskollaps zu münden. Durch die Inflation verarmte der Mittelstand. Teile der Militärführung sahen die Wirtschaftspolitik sehr kritisch und fürchteten, dass die Opposition daraus Vorteile ziehen könnte. So soll General Antonio Bussi, von 1976 bis 1977 Gouverneur der verarmten Provinz Tucumán, dem Wirtschaftsminister vorgeworfen haben: «Wenn ich hier zehn Guerilleros liquidiere, schicken Sie mir mit Ihrer Wirtschaftspolitik zwanzig neue.»² Etwa 500 Menschen sollen in Tucumán in Bussis Amtszeit von der Armee umgebracht worden sein.

Die Militärführung versuchte, von der schlechten Wirtschaftslage und den immensen gesellschaftlichen Problemen und politischen Repressionen abzulenken. Sehr gelegen kam ihr die Fußball-Weltmeisterschaft, die 1978 in Argentinien stattfand. Die Entscheidung, die WM in Argentinien auszutragen, war vom Weltfußballverband FIFA bereits 1966 getroffen worden. Der Militärputsch von 1976 und die Errichtung des staatsterroristischen Regimes in Argentinien änderten an dieser Entscheidung nichts. Die FIFA kooperierte mit der argentinischen Militärregierung, der argentinische General Lacoste wurde auf den Posten eines Vizepräsidenten der FIFA berufen. Der Gewinn des Weltmeistertitels durch die argentinische Fußballnationalmannschaft war ein propagandistischer Triumph für das Regime. Zuvor hatte die Regierung mehrere Elendsviertel, vor allem in der Hauptstadt, gewaltsam räumen lassen, um den ausländischen Besuchern ein «sauberes» Argentinien zu zeigen. Zahlreiche Menschen sollen bei diesen Räumaktionen umgekommen sein.

Der Falkland/Malvinen-Krieg

Um von den inneren Nöten des Landes abzulenken, verlegte sich die Militärjunta auf außenpolitische Initiativen und Abenteuer. Dadurch erhofften sich die Militärs eine nationalistische Stimmung in der Bevölkerung, die ihrer Regierung Zustimmung und Rückhalt verschaffen sollte. Als Mittel dazu dienten zunächst die alten Grenzkonflikte mit Chile, die im 19. Jahrhundert aufgebrochen waren und den genauen Grenzverlauf zwischen beiden Ländern im

Beagle Kanal und auf Feuerland betrafen. Verschiedentlich war es zu Verhandlungen und Vertragsabschlüssen, auch unter Vermittlung ausländischer Regierungen und des Vatikans, gekommen, unter anderem 1856, 1895, 1896 (Schiedsspruch des englischen Königs) und 1902. In den siebziger Jahren wurden diese Streitereien neu geschürt. Mitte 1977 kam unter Führung der englischen Regierung eine Schlichtung zustande, die von der argentinischen Militärführung jedoch als nachteilig für Argentinien bewertet wurde. 1978 wurde der Konflikt mit Chile durch eine Vermittlung des Vatikans zunächst beigelegt. Offenbar im Oktober 1978 brachte der Oberkommandierende der Marine, Admiral Emilio Massera, erstmals den Gedanken auf, die in britischem Besitz befindlichen Falkland-Inseln, die von den Argentinern als Malvinen bezeichnet werden, zu besetzen.

Im Mai 1978 ersetzte General Roberto Viola (1924–1994) General Videla als Mitglied der Militärregierung. Viola kritisierte die Liberalisierungspolitik in der Wirtschaft und deren negative soziale Auswirkungen. Im März 1981 übernahm Viola auch das Amt des Staatspräsidenten. Viola strebte die Rückkehr zu einer schärfer populistischen Wirtschaftspolitik an, woraufhin er Ende 1981 vom Oberbefehlshaber der Armee, General Leopoldo Galtieri (1926–2003), zum Rücktritt gezwungen wurde. Galtieri suchte – ohne Erfolg – eine Wirtschaftspartnerschaft mit den USA. Enttäuscht wandte er sich der Außenpolitik zu. Anfang 1982 startete die Militärregierung eine propagandistische Kampagne, in der sie den Souveränitätsanspruch Argentiniens über die Falklands bekräftigte. Hierbei handelte es sich um eine Strategie, die aus dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts bekannt ist: durch das Schüren äußerer Konflikte und Feindschaften soll die Bevölkerung zur nationalen Solidarität bewegt werden. Zudem war diese Politik ein Mittel, um das argentinische Militär zu einen. Denn die überkommenen Dissonanzen zwischen den Waffengattungen bzw. zwischen den *gorillas* und den Kräften, die die Militärherrschaft nur als eine politische Übergangslösung empfanden, bestanden fort.

Am 2. April 1982 besetzten argentinische Streitkräfte die Falklands (Malvinen) sowie zwei kleinere Inseln im Süden, South Georgia Island und die Sandwich Inseln. Die englischen Kräfte auf den Inseln zogen sich nach Montevideo zurück. General Mario Menén-

dez wurde zum Militärgouverneur der Inseln ernannt. Die Falklands waren von Argentinien traditionell als Teil des eigenen Staatsgebiets betrachtet worden. Nach der Unabhängigkeitsbewegung im frühen 19. Jahrhundert hatte die Regierung in Buenos Aires 1928 eine Kommandantur der Malvinen gegründet, die von dem französischen Kaufmann Louis Vernet geleitet wurde. 1833 besetzten die Engländer die Inseln im Südatlantik, verbannten die spanische Bevölkerung und untersagten die Zuwanderung vom amerikanischen Festland. England nutzte die Inseln als Militärstützpunkte und als Fischereistation zum Fang von Walen und Robben. Argentinien gab seine Ansprüche auf die Falklands jedoch nie auf. Eine UN-Resolution von 1965 erklärte, dass die Inseln einer Dekolonisation bedürftig waren, was indirekt einer Anerkennung der argentinischen Souveränitätsansprüche gleichkam. 1982, bei Kriegsbeginn, lebten auf den Inseln etwa 1800 englischsprachige Einwohner, die *kelpers* – so benannt nach dem Seetang –, die als Schaffarmer tätig waren.

Die Besetzung der Inseln durch heimische Truppen war in der argentinischen Öffentlichkeit sehr populär. Kurzzeitig schien es, dass die Rechnung der Militärs, über ein militärisches Abenteuer die inneren Gegensätze im Land zu überspielen, aufgehen könnte. Die englische Regierung wertete den Konflikt jedoch als eine Grundsatzfrage zwischen Demokratie und Diktatur, und zudem kam der sich anbahnende kriegerische Konflikt auch der Regierung Thatcher nicht ungelegen, die in England aufgrund ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Ansehensverlust in der Bevölkerung hinzunehmen hatte. So kam es gegen alle Erwartungen über die Inseln im Südatlantik zu einem Krieg zwischen England und Argentinien. Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen scheiterten. Die USA ebenso wie wenig später die Europäische Gemeinschaft stellten sich auf die Seite Englands und verhängten Handelssanktionen gegen Argentinien, während lateinamerikanische Länder der Militärjunta in Buenos Aires Hilfe anboten. Die sandinistische Regierung in Nicaragua bot die Entsendung von Truppen an, und Peru wollte Kampfflugzeuge bereitstellen. Allein die Regierung des Militärdiktators General Pinochet in Chile stellte sich gegen Argentinien und gestattete den Engländern, militärische Kommandostellen im Süden Chiles zu nutzen.

Innerhalb von zwei Wochen nach der argentinischen Besetzung der Inseln mobilisierte die englische Regierung eine Marinetruppe sowie Eliteeinheiten der Marineinfanterie, Fallschirmjäger und Gurkas und sandte dieses Kontingent in den Südatlantik. Um die Inseln erließ die englische Regierung eine 200-Meilen-Sperrzone, in der jedes argentinische Schiff oder Flugzeug angegriffen werden sollte. Am 25. April 1982 nahmen die Engländer die South-Georgia Inseln wieder in Besitz. Am 2. Mai torpedierte ein britisches Atom-U-Boot den argentinischen Kreuzer *General Belgrano*, obgleich er sich außerhalb der 200-Meilen-Sperrzone um die Inselgruppe befand. Fast 400 argentinische Seeleute fanden den Tod. Drei Tage später versenkten argentinische Marineflugzeuge, die vom Stützpunkt Tandil in der Provinz Buenos Aires aufgestiegen waren, den englischen Zerstörer *Sheffield*. 20 britische Matrosen kamen bei diesem Angriff ums Leben. Am 21. Mai landeten britische Truppen auf den Falklands/Malvinen, am 29. Mai fand der erste größere Bodenkampf statt. Dabei trafen die britischen Eliteeinheiten auf schlecht ausgebildete argentinische Wehrpflichtige. Viele argentinische Soldaten, die als Besatzung der Inseln fungierten, waren erst vor kurzem zum Militärdienst eingezogen worden. Die meisten von ihnen stammten aus den ärmeren nördlichen Provinzen Argentiniens. Ihre Ausrüstung und die Logistik waren schlecht, die Verpflegung oft unzureichend. Die militärische Disziplin wurde von den Offizieren nicht selten durch harte Strafen aufrechterhalten. Am 14. Juni gab schließlich General Menéndez, der sich mit den restlichen Truppen in die befestigte Hauptstadt Port Stanley, von den Argentinern in Puerto Argentino umbenannt, zurückgezogen und dort verschanzt hatte, auf. Insgesamt kamen bei den Kampfhandlungen etwa 2000 Soldaten um, der weitaus größte Teil von ihnen Argentinier.

Dieses militärische Debakel leitete in Argentinien das Ende der Militärdiktatur ein. Durch die Niederlage auf den Falklands verspielte die Armeeführung in der Bevölkerung jedes Ansehen und alle Glaubwürdigkeit. Entgegen ihrer großsprecherischen Propaganda hatte sie die Inseln ohne jeden größeren Kampfeinsatz aufgegeben, allein die Luftwaffe hatte wirksame Kampfaktionen durchgeführt. Die nach Argentinien zurückgekehrten Soldaten erzählten von ihren Erlebnissen, der schlechten Versorgung und der mangel-

haften Führung der Truppen durch die Offiziere. Das Ansehen der Streitkräfte sank dramatisch. General Galtieri trat zurück, an seine Stelle trat General Reynaldo Bignone (*1928), der es als seine Aufgabe ansah, den Übergang von der Militärregierung zu einer durch Neuwahlen zu bestimmenden Zivilregierung zu ermöglichen.

Der Übergangsprozess vom staatsterroristischen Militärregime zu einer zivilen Regierung wurde innenpolitisch durch die Menschenrechtsfrage, die Kontroversen über die *guerra sucia* und das Schicksal der Verschwundenen bestimmt. Großen Anteil daran hatten die Menschenrechtsgruppen. Internationale Aufmerksamkeit fanden die *Madres de la Plaza de Mayo*, zu denen sich seit 1977 die Eltern Verschwundener zusammenfanden, um für die Aufklärung des Schicksals ihrer Kinder oder anderer Angehöriger zu kämpfen. Die ersten Treffen der *Madres* fanden in Kirchen statt, ehe sie dazu übergingen, jeden Donnerstagnachmittag auf der *Plaza de Mayo* vor dem Präsidentenpalast neben der Statue der Göttin Justitia zu demonstrieren. Das große Aufsehen, das sie in der internationalen Öffentlichkeit erregten, gab ihnen den erforderlichen Schutz vor Verfolgung und Repression. Die erste Unterstützergruppe der *Madres* im Ausland wurde 1978 von Liesbeth den Uyl, der Ehefrau des niederländischen Premierministers, gegründet.

Das Schicksal der Verschwundenen und die Menschenrechtsfrage wurden somit bereits unter der Militärregierung zu einem Gegenstand öffentlicher Diskussion. Nun, im politischen Übergangsprozess und in der Endzeit der Militärherrschaft, als das Militär seine Autorität verloren hatte, wurden diese Fragen in der politischen Öffentlichkeit des Landes zu einem der wichtigsten Themen überhaupt. Anfang November 1982 wurde in La Plata ein Massengrab entdeckt mit 300 durch Kopfschuss getöteten Menschen. Im Januar 1983 veröffentlichten die Zeitungen ein Interview mit General Ramón J. Camps (1929–1994), der unter der Regierung Videla Polizeichef in der Provinz Buenos Aires gewesen war. Camps bestätigte, dass von den *desparecidos* (die Verschwundenen) niemand mehr am Leben sei. Zugleich lobte er die Streitkräfte für ihre Taten, weil sie eine kommunistische Revolution vereitelt hätten. Camps drohte, dass der Kampf gegen die Subversion noch nicht vorbei sei, sondern weiterginge.

Im Verlauf des Jahres 1983 trat mehr und mehr das Schicksal der Waisenkinder in den Vordergrund, deren Eltern verschwunden waren. Es zeichnete sich ab, dass diese Kinder von Offizieren, die an den Repressionen beteiligt gewesen waren, an Angehörige oder befreundete Familien zur Adoption gegeben oder verkauft worden waren. Diese Information schockierte die Öffentlichkeit des Landes. Zudem begannen nun immer mehr europäische Regierungen, Aufklärung über das Schicksal eigener Staatsbürger, die unter der Militärherrschaft in Argentinien verschwunden waren, zu verlangen. Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen geriet die Militärführung immer mehr in die Defensive. Am 22. September 1983, einen Monat vor den Neuwahlen, erließ sie unter der Bezeichnung «Gesetz zur Nationalen Befriedung» ein Amnestiegesetz. Dessen Ziel sei, hieß es in der Präambel, zur Aussöhnung der Gesellschaft über die vergangenen Tragödien im Land beizutragen. Das Gesetz legte fest, dass die während der Diktatur begangenen Gewalttaten und Verbrechen von Militärangehörigen nicht strafrechtlich verfolgt werden konnten. Alle belastenden Dokumente sollten vernichtet werden, was einer Selbstamnestie des Militärs gleichkam.

Die Rückkehr zur Demokratie nach 1983

Originaldokument
© Verlag C. H. Beck
Die Erinnerungskultur

Die Menschenrechtsverletzungen in der Zeit des Staatsterrorismus und die Frage nach der Verantwortung für die Gewaltexzesse standen im Zentrum des Wahlkampfes von 1983. Immer wiederkehrende Gerüchte und Befürchtungen über einen neuerlichen Militärputsch erzeugten eine gespannte Atmosphäre. In den Wahlen standen sich die Radikalen und die Peronisten gegenüber, auch kleinere Parteien traten an. Zum Kandidat der Radikalen wurde Raúl Alfonsín (*1927) gewählt, der innerhalb der UCR die Fraktion «Erneuerung und Wandel» anführte und ein Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos*¹ war. Alfonsín war von Beruf Rechtsanwalt und stammte aus der Kleinstadt Chascomús in der Provinz Buenos Aires. Er stellte seinen Wahlkampf unter das Motto «Demokratie oder Gegen-Demokratie». Dabei griff er auch auf alte Ideen des argentinischen Radikalismus zurück, der Demokratie nicht allein als eine Regierungsform, sondern überdies als eine sittliche Ordnung, eine moralische Instanz verstand. Nach dem Ende des staatsterroristischen Militärregimes war dieses moralische Verständnis von Herrschaft neuerlich von großer Aktualität.

Den Radikalen standen die Peronisten gegenüber. Diese waren aber uneins und zwischen linken und konservativen Lagern zerstritten. Schließlich einigte man sich als gemeinsamen Kandidaten auf den Rechtsanwalt Italo Luder (1916–2008), der 1975 während einer Erkrankung von Isabel Perón für einige Wochen als Minister die Regierungsgeschäfte geführt hatte. Beide Parteien, Radikale wie Peronisten, forderten im Wahlkampf die Rückkehr zur Demokratie, das Ende von Folter und Zensur, den Schutz der Menschenrechte, die Reduzierung der Militärausgaben sowie die Stärkung ziviler Autorität und Kontrolle über die Streitkräfte. Als vorteilhaft für die Radikalen erwies sich im Wahlkampf die historische Ver-

flechtung zwischen Militär und Peronismus, weshalb sie sich glaubwürdiger als zivile Alternative darstellen konnten. Zudem wurde im Wahlkampf publik, dass es im April 1983 eine Absprache zwischen peronistischen Politikern und dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte gegeben habe, wonach das Militär die Peronisten unterstützen würde, sofern diese von einer Verfolgung der von der Armee begangenen Menschenrechtsverletzungen absähen. In den Wahlen erreichte Alfonsín 52% der abgegebenen Stimmen, Luder kam auf 40%. Die Peronisten hatten ihre stärkste Machtbasis in den ärmeren Provinzen im Nordosten des Landes, die Radikalen gewannen die Unterstützung der städtischen Mittelschichten, der Frauen und der Jugend. Zudem erzielten sie kräftige Gewinne bei der Arbeiterschaft.

Alfonsín trat am 10. Dezember 1983 die Regierung an. Seine Ausgangslage war denkbar schwierig, denn die Gesellschaft war tief gespalten und von dem «schmutzigen Krieg» traumatisiert. Die Demokratie war keineswegs gesichert, sondern schien durch ein politisch unkalkulierbares Offizierskorps, das eine rechtliche Verfolgung fürchtete, bedroht. Nationalistische Kreise versuchten, die Außenpolitik für eine Destabilisierung der neuen Regierung zu instrumentalisieren. Im Januar 1984 unterzeichneten Argentinien und Chile in Rom ein Abkommen über Frieden und Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Der Vertrag gab Chile die Souveränität über drei kleine Inseln im Beagle-Kanal, was nationalistische Kreise für eine propagandistische Offensive nutzten. Alfonsín stellte die Ratifizierung des Vertrags daraufhin am 25. November 1984 in einem Referendum zur Entscheidung. Die Zustimmung lag bei über 80%.

Die Wirtschaftslage war katastrophal. 1982 ging das Brutto-sozialprodukt um 5,6% zurück, die offizielle Arbeitslosenquote stieg auf über 10%, die Inflation erreichte 210%. In den achtziger Jahren stieg der Prozentsatz der nach den offiziellen Statistiken verarmten Bevölkerung im Großraum Buenos Aires auf etwa 10% der Einwohner. Die Regierung versuchte durch den sogenannten Austral-Plan die Wirtschaft zu stützen. Er sah vor, Löhne und Preise einzufrieren, das Staatsdefizit abzubauen und die Finanzen durch Einführung einer neuen Währung, den *austral*, zu stabilisieren. ...